

**Gespräch von Herrn BM Schmidt mit dem _____, und dem _____
_____ des Deutschen Zigarettenverbandes, _____ am**

14.10.2014, 17:20 - 17:50

hier: Ergebnisvermerk

Teilnehmer:

Herr BM Schmidt

(DZV)
Herr Dr. Heider (BMEL)

Das kurze Gespräch diente vor allem der gegenseitigen Vorstellung und dem Austausch der Positionen zur Umsetzung der neuen Tabakprodukt-Richtlinie (TPD) und zur Positionierung der Bundesregierung hinsichtlich der Notifizierung der Einführung von Einheitsverpackungen für Tabakerzeugnisse in Irland und dem Vereinigten Königreich.

Einleitend stellte _____ den Deutschen Zigarettenverband kurz vor.

Im Hinblick auf die nationale Umsetzung der neuen TPD wurde von _____ die Sorge geäußert, dass hierdurch einerseits hohe Kosten und große Umstellungen auf die Unternehmen zukommen würden andererseits die derzeit vorgesehenen Umsetzungsfristen die Unternehmen vor die nahezu unlösbare Aufgabe stellen würden, die Produktionsumstellung fristgerecht bis zum 20. Mai 2016 zu bewerkstelligen. Die Bundesregierung werde daher gebeten, alle Möglichkeiten auszunutzen, die zu einer Beschleunigung führen könnten und auch gegenüber der EU-Kommission darauf zu drängen, dass die für die Richtlinienumsetzung erforderlichen Sekundärrechtsakte umgehend veröffentlicht werden.

Herr BM Schmidt machte deutlich, dass auch BMEL ein großes Interesse an der zügigen Umsetzung in nationales Recht und der Schaffung von Rechtssicherheit für alle Betroffenen habe. Die hierfür notwendigen umfangreichen Arbeiten seien auf Fachebene bereits mit Hochdruck im Gange. In bestimmten Punkten müsse man tatsächlich noch erforderliche

Sekundärrechtsakte der EU- Kommission abwarten, die somit erst im weiteren Verfahren eingebaut werden könnten.

Auf die Frage von [] zur Positionierung der Bundesregierung zu den Notifizierungsverfahren aus Irland und dem Vereinigten Königreich zur Einführung standardisierter Verpackungen bei Tabakerzeugnissen brachte Herr BM Schmidt zum Ausdruck, dass die Bundesregierung die Überprüfung der Angemessenheit dieser Maßnahmen im Sinne der unionsrechtlichen Vorschriften durch die Kommission aufmerksam beobachte. Nach derzeitigem Stand werde die Bundesregierung selbst keine Stellungnahme zum Notifizierungsverfahren abgeben. Herr BM Schmidt brachte gleichzeitig zum Ausdruck, dass Einheitspackungen in Deutschland für ihn keine Option darstellten.

gez. Dr. Heider